



DKP vor Ort

Kommunisten im Essener Westen

September 2008

Ein Bürgerhaus für den Essener Westen?

Seit 50 Jahren findet man das Berufskolleg Holsterhausen an der Holsterhauser Straße im Essener Westen.

Es wurde einst als Hauswirtschaftsschule für Frauen gegründet und ist heute ein Berufskolleg mit einem vielfältigen Bildungsangebot in den Berufsfeldern Ernährung und Hauswirtschaft aber auch im Sozialwesen.



Jedoch im neuen Schuljahr ab August 2009 wird der „Bildungspark“ in Essen-Altenessen zur neuen Adresse.

Doch was wird mit dem Grundstück des alten Berufskollegs. Das Gebäude gilt als asbestverseucht und wird daher komplett abgerissen. Zurück bleibt nur das Grundstück in dem viel bebauten Stadtteil.

Der Essener Westen gilt als Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und bietet den dort wohnenden Menschen wenig Gelegenheit zu Freizeitmöglichkeiten.

Was läge also näher, als den Bewohnerinnen und Bewohnern diesen Platz zu übergeben und ein Bürgerhaus dort zu errichten, wie zum Beispiel in Essen-Ost.

Dieses Bürgerhaus dort wird genutzt für öffentliche Veranstaltungen für Vereine, aber auch für private Zwecke kann man dort seine Feierlichkeiten begehen. Es befindet sich eine Bibliothek in dem Gebäude, Jugendliche und Kinder verbringen dort ihre Freizeit und auch die erwachsenen Bürger treffen sich dort, organisieren Stadtteilstunden und vieles mehr.

Das wäre etwas, was der Essener Westen dringend benötigt! Grünflächen gibt es nicht viele

dort. Die Schwimmbäder wurden und werden geschlossen und Bibliotheken bieten nur noch stundenweise ihre Dienste an. Das Jugendzentrum an der Papestraße soll geschlossen werden, da in den vergangenen Jahrzehnten nichts investiert wurde und die Bausubstanz dadurch völlig marode ist.

Bleibt also für die Bürger zu hoffen, dass den Stadtvätern die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohnern des Essener Westens näher liegt, als eventuelle Verkaufsinteressen.

Schließung der Oase jetzt beschlossen

Nun steht es also fest! Das einzige Freizeitbad im Essener Westen, das seit einigen Jahren bereits Steuergelder in Millionenhöhe verschlungen hatte, wird nun geschlossen.

Angeboten wird den Bürgerinnen und Bürgern dafür ein neues Bad in Oberhausen. Bis zum Jahre 2010 soll neben dem Einkaufszentrum Centro an der Stadtgrenze Frintrop ein neues „familienfreundliches“ Schwimmbad entstehen. Wer sich im Essener Westen auskennt, kann darüber nur lachen!



„Auslaufmodell“ Oase

Denn Familien oder Alleinerziehende mit Kindern, die nicht über ein eigenes Auto verfügen, können Oberhausen nur mit Bahn und Bus und mit mühevollen Umsteigeaktionen erreichen. Was für viele bedeuten wird, auf einen Besuch in diesem weit entfernten Bad zu verzichten. Denn zu den Mühen das Bad zu erreichen, kämen noch die Kosten für Hin- und Rückfahrt, sowie für das Eintrittsgeld zusammen.

Und wieder wird entgegen den Interessen der Bürger geplant und beschlossen. Familienfreundlich ist das nicht, aber das sind die Essener Bürgerinnen und Bürger von unseren Stadtvätern nicht anders gewohnt.

DKP-Essen fordert: Sofortprogramm gegen Kinderarmut

Der neuste Kinderbericht der Stadt Essen ist alarmierend. Die Kinderarmut in Essen nimmt weiter zu. 31% der Kinder in Essen sind auf staatliche Hilfe angewiesen, in Stadtteilen wie Altenessen-Süd sind es sogar über 50%. Die Folgen für das tägliche Leben, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Freizeit sind entsprechend dramatisch.

Deshalb sammelt die DKP Unterschriften unter einen Einwohnerantrag, in dem von der Stadt ein kommunales Sofortprogramm gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut gefordert wird – statt heuchlerische Werbekampagnen für die „Großstadt für Kinder“:

Mit meiner Unterschrift fordere ich den Rat der Stadt Essen auf, einen kommunalen Sozialfond gegen die Folgen von Armut, insbesondere von Kinderarmut einzurichten, aus dem folgendes finanziert wird:

Absicherung von Wohnraum

- Die Stadt Essen hat dafür Sorge zu tragen, dass in den kommenden fünf Jahren dem Bedarf entsprechend öffentlich geförderter, familiengerechter Wohnraum geschaffen wird. (Der momentane (Juli 2008) Bestand von 28.000 Wohneinheiten wird dem Bedarf nicht gerecht.) Öffentlich geförderter Wohnraum bedeutet, dass die Obergrenze einer Miete Pro Quadratmeter/kalt bei 4,75 Euro liegen darf.
- Einführung eines Sozialtarifs für Energie (Wasser, Gas, Strom).

Kostenlose Bildung

(Für Familien mit einem Einkommen unter 20.000 € im Jahr)

- Pauschalbetrag von 150 Euro für das Grundschul-Einschulungsset pro Kind.
- Kostenlose Teilnahme am Angebot der Offenen Ganztagschule
- Kostenloses Mittagessen in Kindergärten, in der Offenen Ganztagsgrundschule und in den Sekundarstufen 1 und 2 der weiterführenden Schulen.
- Kostenlose Lernmittel.
- Kostenlose Nutzung der Volkshochschule, der Musikschule sowie der Stadt(teil)bibliothek.
- Übernahme des Eigenanteils beim Schokoticket.

Kostenlose Gesundheit

(Für Familien mit einem Einkommen unter 20.000 € im Jahr)

- Übernahme der Praxisgebühr.
- Kostenlose Nutzung der Schwimmbäder.
- Kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen.

Unterschriftsberechtigt ist jeder Einwohner Essens, unabhängig von seiner Staatsbürgerschaft, ab dem 14. Lebensjahr. Unterschriftenlisten sind bei der

**DKP Essen
Hoffnungstr. 18
45127 Essen**

erhältlich und liegen an allen Informationsständen der DKP aus.



Anzeige

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ /Ort

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
www.dkp-essen.de
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Leiharbeiter – Menschen zweiter Klasse?

In den letzten Jahren hat die Leiharbeit in Deutschland dramatisch zugenommen. Von 1997 bis 2007 stieg sie von 200.500 auf 682.000. Auch Unternehmen wie Widia-Kennametal haben sich diesem Trend angepasst. Die Stammebelegschaft wurde auf ein Minimum zurückgefahren und die Lücken durch Leiharbeiter aufgefüllt.

Politik und Wirtschaft sprechen häufig von „Flexibilisierung“. Tatsache ist, dass Leiharbeit von Unternehmen gezielt dazu benutzt wird, Lohnkosten einzusparen und Gewinne zu maximieren. Denn Leiharbeiter sind in Fragen der Bezahlung, des Urlaubsanspruches, der Arbeitsplatzsicherheit und der Weiterbil-

dungsmöglichkeiten schlechter gestellt als Stammebelegschaften. Und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im Entleihbetrieb sind im Bezug auf die Leiharbeiter außer Kraft gesetzt. Damit sind Leiharbeiter praktisch vogelfrei. Deshalb hat der Vorstand der IG Metall eine Kampagne zum Thema Leiharbeiter beschlossen.

In diesem Zusammenhang ist es begrüßenswert, dass der Betriebsrat der Widia fordert, die Leiharbeiter, die zum Jahresende zum größten Teil entlassen werden sollen, fest zu übernehmen. Solidarität ist notwendig, weil Leiharbeit Festarbeitsplätze vernichtet.

Aus dem „**rotlicht**“, Informationen über die Ratstätigkeit der DKP Essen

Die Pleite der Kommunen ist gewollt! Den Nutzen haben die Banken!



Patrik Köbele,
Ratsherr der
DKP Essen

Kämmerer, Oberbürgermeister, der ganze Rat der Stadt Essen inklusive der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF sagen, es gibt zwei Ursachen der Pleite der Stadt: die Bundesgesetze und zu geringe Zuweisungen des Landes an die Kommunen. Die Bundesgesetze ermöglichen vor allem den großen Konzernen, dass sie immer weniger Gewerbesteuer zahlen. Die Landeszuweisungen reichen nicht für die Aufgaben, die den Kommunen, z. B. im Zusammenhang mit Hartz IV, übertragen wurden. Aber: CDU, SPD, FDP, Grüne vergessen, es sind ihre Parteifreunde, die in Bund und Land dafür verantwortlich sind.

Und: Sie wollen das auch gar nicht ändern! In der letzten Ratssitzung haben sie gemeinsam mit EBB und REP einen Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF abgelehnt, dagegen eine Verfassungs-

klage einzureichen, nur die SPD stimmte zu.

Eine dritte Ursache ist aber durchaus hausgemacht, nicht von den Bürgern dieser Stadt, sondern von Schwarz-Grün, oder auch mal CDU und SPD. Das sind die Geschenke an die Konzerne. Der Steag (heute Evonik) wurde im vergangenen Jahr ein Geschenk in der Größenordnung von 50 – 150 Millionen gemacht (CDU und SPD), für Hochglanzprojekte wie der Messe Essen, Zollverein und der Marina am Rhein-Herne Kanal ist immer Geld da (außer DIE LINKE/DKP/AUF stimmten hier schon alle Ratsparteien zu, in wechselnder Besetzung.

Wem nutzt das Ganze? Den Banken und Konzernen. Hunderte von Millionen Euro gehen für Zinszahlungen drauf und treiben die Stadt immer mehr in die Schuldenfalle. Aktuell ist davon auszugehen, dass im Jahre 2015 das gesamte städtische Eigentum den Banken gehört. Das sind die städtischen Betriebe, die Gebäude, die Straßen und Grundstücke, einfach alles.

Wer zahlt die Zeche? Die Bürgerinnen und Bürger. Die Gebühren steigen, Schwimmbäder und Sportanlagen werden geschlossen, städtisches Eigentum verkauft.

Berthold Brecht sagte einmal: Was ist der Überfall auf eine Bank gegen die Gründung einer Bank. Und richtig lohnend für die Banken ist es dann, wenn man solch gute Freunde in der Politik hat.

Die letzte Ratssitzung, die den Etat beschlossen hat, lehnte die Anträge der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF nach kostenlosem Mittagessen für alle Kinder und zur Schaffung von sozialversicherten Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, ab. Dafür wurden aus Haushaltsgründen die Stellenzahl der Schulhausmeister und der Schul-

sekretariate gekürzt. Da man die betroffenen Eltern, Kinder und Schulhausmeister bei der Diskussion nicht dabei haben wollte, verweigerten CDU und Grüne das Vorziehen dieser Punkte in der Tagesordnung.

Statt um 14:30 Uhr kamen sie dann um 18:30 dran. Wie heißt es in deren Koalitionsvereinbarung: „sowohl CDU als auch GRÜNE arbeiten daran, dass sich ein deutlich anderer Politikstil in Essen herausbildet, der durch transparentes, offenes und bürgerorientiertes Handeln bestimmt ist.“

DGB fordert Essen-Pass

In unserer Stadt Essen, der „Großstadt für Kinder“, wächst jedes 3. Kind in Armut auf, in einzelnen Stadtteilen sogar jedes zweite Kind. Insgesamt sind 27.200 Heranwachsende betroffen. Weit über 70.000 Menschen in Essen leben von Transferleistungen in Höhe des ALG II.

Alleine 3.600 Arbeitnehmer in Essen müssen finanzielle Leistungen nach dem ALG II beantragen, weil sie von ihrem Einkommen nicht leben können. 14.580 Arbeitnehmer gehen zwischenzeitlich mehr als einer Beschäftigung nach, weil das erste Einkommen nicht mehr zum Leben ausreicht.

Mit dem geforderten Essen-Pass sind viele Vergünstigungen verbunden.

In der Erklärung des DGB heißt es: „Die Stadt Essen führt zum 01.01.2009 für alle Bürgerinnen und Bürger mit einem niedrigem Einkommen einen Essen-Pass ein, damit diese am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.“

Die Anträge der Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF zu Sozialticket und Sozialtarifen wurden von den Regierenden im Stadtrat vertagt; oder in Prüfungsausschüsse verwiesen.

Es soll nichts kosten ist zu vernehmen, während sie gleichzeitig Schenkungen an die Konzerne ausschütten oder, wie das Beispiel „Weststadthalle“ zeigt, Geld in den Sand setzen. Mit der Forderung des DGB hat die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF weitere Unterstützer erhalten. Patrik Köbele, Ratsherr der DKP: „Hier muss sofort gehandelt werden, deshalb ist die Einführung eines Sozialtickets/Sozialpass für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, Strom- und Wasserversorgung und soziale Angebote längst überfällig.“



Anzeige

Ja, ich will auch ein kostenloses rotlicht-Abo

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
www.dkp-essen.de
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Kandidaten der DKP zur Kommunalwahl 2009

Der Kreisvorstand der DKP bedauert, dass es nicht zu einer gleichberechtigten Kandidatur der Essener Linkskräfte zur Kommunalwahl 2009 kommt. Die Kreisdelegiertenkonferenz am 07. Juni 2008 beschloss deshalb, dass die DKP eigenständig, mit offenen Listen, zu den Wahlen zum Oberbürgermeister, zum Rat der Stadt und zu den Bezirksvertretungen antritt. In den Stadtbezirken 5 und 6 (Essener Norden) verzichtet die DKP zu Gunsten der Bürgerliste Nord auf eine Kandidatur zu den Bezirksvertretungen.



Karin Schnittker,
Rentnerin,
Vorsitzende der DKP Essen.
Aktiv in sozialen Bewegungen;
Für die Interessen der Mieter,
gegen Hartz IV.



Patrik Köbele,
Ratscherr der DKP Essen.
Allbaubewegung, Bürgerinitiative
A 52, Stadtteilbibliotheken
erhalten,
Interessenvertretung Essener
Sport- und Bädervereine.



Siw Mammitzsch,
Mitarbeiterin der Fraktion
DIE LINKE/DKP/AUF.
Bei der DKP Essen verantwortlich
für Kinder- und Jugendpolitik.



Peter Köster,
Speditionskaufmann,
Stellv. Vorsitzender der IG
Bau Oberhausen,
Betriebsrat.

Zeche Carl als soziokulturelles Zentrum erhalten!

Die Insolvenz der Zeche Carl soll offensichtlich genutzt werden, um das soziokulturelle Zentrum auf kaltem Weg abzuwickeln.



Folgende Indizien sprechen dafür, dass die CDU/Grüne Stadtregierung solche Pläne hat:

- Die jetzt eingetretene Situation zeichnet sich seit langem ab, immer wieder forderten die Beschäftigten und der Betriebsrat der Zeche Carl, ein Gesamtkonzept, um die Entwicklung aufzuhalten. Nichts geschah.

- Ein nun von den Beschäftigten entwickeltes Führungskonzept wird offensichtlich noch nicht einmal geprüft, obwohl es ein Gesamtkonzept beinhaltet.

- Vieles deutet darauf hin, dass eine Zerschlagung der Zeche in Teilbestandteile geplant ist, bei der die profitablen Bereiche übrig bleiben und an private oder halbprivate Träger gehen, während andere Bereiche eingestellt werden.

- Die jetzigen Beschäftigten der Zeche Carl werden mit Macht heraus gedrängt, dabei ist ihre Erfahrung, ihr Know-how und ihre Bereitschaft an einem Neuanfang mitzuwirken, eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Fortführung der Zeche Carl als soziokulturelles Zentrum

Diese Entwicklung kann nur durch breiten Widerstand verhindert wer-

den. Jetzt müssen alle beginnen sich zu wehren, die ein Plattmachen der Zeche Carl verhindern wollen. Gefordert sind die Besucherinnen und Besucher, die Künstlerinnen und Künstler und die Beschäftigten.

Die Bürgerliste Nord und die DKP rufen alle zur Solidarität mit der Zeche Carl auf.

Wir fordern:

- **Erhalt der Zeche Carl auf Basis des Fortführungskonzepts der Beschäftigten.**

- **Es ist ein neuer Trägerverein unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gründen.**

- **Der alljährliche Betriebskostenzuschuss ist dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.**

- **Die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist zu sichern.**